

Juden leben wieder in Angst

Die Erinnerung an die Pogromnacht steht diesmal im Schatten des Hamas-Terrors

Von Jens Kleindienst

WIESBADEN/MAINZ. Die vielen antisemitischen Vorfälle in Deutschland seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober strahlen auf das Gedenken am 9. November aus. Der Terror der Islamisten, dem in Israel rund 1400 Menschen zu Opfer fielen, die judenfeindliche Stimmung auf pro-palästinensischen Demonstrationen in Deutschland, Davidsterne an Hauswänden in Berlin, Hassparolen gegen Juden – das alles schürt bei Jüdinnen und Juden in Deutschland Ängste. Auch die Sicherheitsbehörden schauen in diesem Jahr angespannt auf den 9. November mit seinen zahlreichen Gedenkveranstaltungen.

„Natürlich wird das Gedenken am 9. November unter dem Eindruck der Geschehnisse vom 7. Oktober stehen“, sagt der Direktor der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Daniel Neumann. Der Vergleich dränge sich für die Juden in Deutschland geradezu auf: Noch nie seit dem Holocaust seien so viele Juden an einem Tag ermordet worden. Es gebe allerdings einen großen Unterschied: „1938 war ein staatlich gelenktes Pogrom, am 7. Oktober war es nicht-staatlicher Terror.“ Die Politik in Deutschland stehe diesmal an der Seite der Juden.

Sicherheitsbehörden verstärken ihre Präsenz

Gleichwohl gebe es ein neues Unsicherheitsgefühl in den Gemeinden, betont Neumann. „Die heutige Sprachlosigkeit gegenüber dem Hamas-Terror weckt böse Erinnerungen an das Zu- und Wegschauen der Deutschen am 9. November 1938.“ Hinzu kämen die vielen judenfeindlichen Demonstrationen der vergangenen Wochen. Beides werde man in den Gedenkveranstaltungen, zum Beispiel in der Paulskir-



Die Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden am Michelsberg.

Foto: Sascha Kopp

che in Frankfurt, thematisieren.

Die Sicherheitsbehörden in Hessen und Rheinland-Pfalz haben ihre Vorkehrungen in den vergangenen Wochen intensiviert. Das teilen die Innenministerien in Wiesbaden und Mainz auf Anfrage mit. „Aktuell liegen keine konkreten gefährdungsrelevanten Erkenntnisse zum Nachteil jüdischer Einrichtungen in Rheinland-Pfalz vor“, heißt es in Mainz. Insgesamt werde aber „weiterhin von einer grundsätzlich erhöhten Gefährdungslage vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts ausgegangen“. Man werde „insbesondere an neuralgischen Punkten verstärkt Präsenz“ zeigen.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) erklärte am Dienstag im Landtag, dass unmittelbar nach dem 7. Oktober der Schutz jüdischer Einrich-

tungen in Rheinland-Pfalz noch einmal erhöht worden sei. Für die kommende Woche kündigte sie ein Treffen mit den jüdischen Verbänden in Rheinland-Pfalz an. Mit Blick auf den 9. November würden alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um einen störungsfreien Verlauf der Veranstaltungen zu gewährleisten, versichert das Innenministerium.

Die hessische Polizei stehe mit den jüdischen Gemeinden in engem Kontakt, betont auch das hessische Innenministerium. Die Schutzmaßnahmen für Einrichtungen des jüdischen Lebens seien „auf einem dauerhaft hohen Niveau“. Mit Blick auf den 9. November „wurden die Aufklärungsmaßnahmen verstärkt und in allen Polizeipräsidien mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei zusätzliche

Kräfte mobilisiert“. Hinweise auf konkrete Bedrohungen liegen derzeit auch in Hessen nicht vor.

Die Polizei in Rheinland-Pfalz hat seit dem 7. Oktober 58 Straftaten registriert, die im Zusammenhang mit der Eskalation im Nahen Osten stehen (Stand: 2. November). Ob es sich dabei um antisemitisch motivierte Straftaten handelt, ließ das Ministerium ausdrücklich offen. Der Schwerpunkt liege bei Sachbeschädigungen, Volksverhetzungen sowie der Verletzung von Flaggen und Hoheitszeichen ausländischer Staaten. Gewaltdelikte wie zum Beispiel Körperverletzungen wurden bislang nicht verzeichnet. Das Innenministerium betonte die Vorläufigkeit der Zahlen – Nachmeldungen im Zuge laufender Ermittlungen seien möglich.

Das hessische Innenministerium nennt keine konkreten

Zahlen. Es sei davon auszugehen, dass seit dem 7. Oktober „Straftaten im mittleren dreistelligen Bereich erfasst wurden, die im Zusammenhang mit den Kampfhandlungen im Nahen Osten stehen“. In den meisten Fällen handle es sich um „Hasspostings“, außerdem sei eine geringe Anzahl Gewaltdelikte registriert worden. Ein Vergleich mit Vorjahreszahlen sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Schon vor der jüngsten Eskalation im Nahen Osten war die Zahl der antisemitischen Straftaten in Deutschland deutlich nach oben gegangen. Wie das Bundesinnenministerium am Montag mitteilte, wurden im Juli, August und September bundesweit 540 antisemitisch motivierte Straftaten polizeilich erfasst. In den ersten drei Monaten des Jahres waren es erst 379 Fälle, im zweiten Quartal 446.